Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis: a) im Anzeigenteil: die Zeile 15 Goldpfennige b) im Reklameteil: die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw.

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis: In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr 9

Verantwortl. Schriftleitung: Friedrich Hans Scheele Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Nr. 21 | Donnerstag, den 27. Januar 1927. | 101. Jahrgang

Einigung über das Regierungsprogramm

Abschluß der sachlichen Verhandlungen.

Das amtliche Communique.

TU. Berlin, 27. Jan. Amtlich wird mitgeteilt:

Nachdem gestern der Herr Reichskanzler um 10 Uhr vormittags dem Herrn Reichspräsidenten über den Stand der Regierungsbildung Bericht erstattet hatte, fanden gegen Mittag die Verhandlungen über die Richtlinien des Herrn Reichskanzlers über die künftige Regierungspolitik mit den deutschnationalen Unterhändlern nach einer eingehenden Erörterung ihren Abschluß. Die in dieser Besprechung vereinbarten Grundsätze über Außenpolitik, Verfassung, Reichswehr, Kulturfragen, sowie Sozial- und Wirtschaftspolitik wurden sodann seitens des Herrn Reichskanzlers den Fraktionsführern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei mitgeteilt. Der Herr Reichskanzler richtete an die genannten Fraktionen das Ersuchen, sich nunmehr namentlich auf Grund der geschaffenen Grundlage an der Regierungsbildung zu beteiligen. Da während der weiteren Nachmittagsstunden sich die Fraktionen mit der Beratung der obenbezeichneten Grundsätze befaßten, mußten die weiteren Verhandlungen, namentlich über die Personalfrage auf heute vormittag verschoben werden.

Die abgeänderten Richtlinien Dr. Marx'.

Die vom Reichskanzler Dr. Marx ausgearbeiteten Richtlinien für das Regierungsprogramm haben, wie wir erfahren, folgenden Wortlaut:

1. Außenpolitik.

Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne gegenseitiger friedlicher Verständigung. Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerkes von Locarno, loyale, gleichberechtigte Mitarbeit im Völkerbund.

2. Verfassung.

Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform, unbedingter Schutz dieser Verfassung in ihrer Gesamtheit sowie der verfassungsmäßigen Reichsfarben (Art. 3 der Reichsverfassung) gegen alle herabsetzenden Verunglimpfungen und rechtswidrigen Angriffe. Vorgehen gegen alle Vereinigungen und alle Bestrebungen, die den Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken, Verbot an alle Beamte, sich an solchen Vereinigungen oder Bestrebungen zu beteiligen. Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Beamten werden hierdurch nicht berührt.

3. Reichswehr.

Bezüglich der Reichswehr wird der entsprechende Teil der Rede des Reichskanzlers vom 16. Dezember 1926 als maßgebend anerkannt.

a) Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 ist strengstens durchzuführen.

b) Den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit, das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen die sog. Wehrverbände aller Richtungen und Form in erster Linie gehören, verboten.

c) Es wird eine Rekrutierungsverordnung erlassen, mit der Vorschrift, daß keine verfassungsfeindlichen Personen im Sinne der Ziffer 2 in die Reichswehr aufgenommen werden.

4. Kulturfragen.

Es ist angeregt: Erlaß eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechtes, grundsätzliche Gleichstellung der im Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten, Sicherung des Religionsunterrichts (Art. 149).

5. Sozialpolitik.

Tatkräftige Förderung der Sozialreform, Ausbau und Vollendung des Arbeitsrechtes. Der nächste Schritt auf diesem Gebiet soll die Schaffung einer umfassenden Arbeiterschutzgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiter sein. Darin ist — ausgehend von den deutschen Verhältnissen — die Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsruhe im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen zu regeln. Auf Grund einer solchen Regelung ist die deutsche Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gleichzeitig mit den anderen westeuropäischen Industrieländern bereit. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes sollen durch Uebergangs- und Notmaßnahmen Mißstände auf dem Gebiete der Arbeitszeit beseitigt werden. Die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft ist im Sinne der im Reichswirtschaftsrat zustandegekommenen Einigung weiter auszubauen. Dringlich ist die Verabschiedung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, damit im Zusammenhang stehen Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsnachweises, Ausbau und Verfahren der Sozialversicherung sollen nach Möglichkeit vereinfacht werden. Die verschiedenen Versicherungszweige bedürfen einer organischen Verbindung und Ausgestaltung. Die Lage der Invaliden muß verbessert werden. Für die Seeleute ist eine Krankenversicherung zu schaffen. Entschlossene Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und Fürsorge für die Erwerbslosen mit allen zweckdienlichen Wirtschafts- und sozialpolitischen Mitteln. Die Sozialreform ist auch international, insbesondere im Zusammenwirken mit dem internationalen Arbeitsamt, zu fördern.

Amtlich wird hierzu folgendes mitgeteilt:

Die beabsichtigte Bekanntgabe der in den gestrigen Verhandlungen des Herrn Reichskanzlers mit den Parteiführern festgestellten Vorschläge über Richtlinien einer künftigen Regierungspolitik, die übrigens nicht alle für ein Regierungsprogramm in Betracht kommenden Fragen umfaßt, konnte noch nicht erfolgen, weil noch nicht sämtliche in Betracht kommenden Fraktionen zu den Erklärungen der Parteiführer ihre Zustimmung gegeben haben. Alle über den Inhalt der Vereinbarungen erfolgenden Veröffentlichungen können nicht als authentisch angesehen werden.

Deutsche Volkspartei und Zentrum stimmen den Richtlinien zu.

TU. Berlin, 27. Jan. Nach Schluß der gestrigen Plenarsitzung traten die für die Regierungsbildung in Betracht kommenden Fraktionen des Reichstags wieder zu Fraktionssitzungen zusammen.

Die Zentrumsfraktion stimmte einmütig den Richtlinien für das Regierungsprogramm zu. Der Reichsausschuß der Zentrumspartei ist auf den 6. Februar einberufen worden.

Die Deutsche Volkspartei hat sich ohne wesentliche Erörterung mit den Richtlinien einverstanden erklärt, die sie als eine brauchbare Grundlage für ein zukünftiges Regierungsprogramm ansieht.

Noch keine Entscheidung der Deutschnationalen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion teilt mit:

Die Fraktion ist in die Beratung des Entwurfs von Formulierungen eingetreten, die eine Grundlage für einzelne Punkte der künftigen Regierungserklärung bilden sollen, und als solche Grundlage naturgemäß der näheren Erläuterung und Vervollständigung bedürfen. Eine Beschlußfassung wird erst erfolgen, wenn die Verhandlungen über die Regierungsbildung bis zum endgültigen Abschluß gefördert sind und bis eine Zustimmung der Parteiführer zu den Richtlinien erfolgt ist.

Die Forderungen der Demokraten.

Die demokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich gestern abend eingehend mit den Richtlinien des Reichskanzlers, führte aber die Beratung noch nicht zu Ende, sondern vertagte sich auf heute vormittag. Der Fraktionsvorstand Koch wurde jedoch beauftragt, bereits heute vormittag dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die schulpolitischen Teile der Richtlinien in dieser Form für die demokratische Fraktion nicht annehmbar seien. Dem Kanzler soll weiter mitgeteilt werden, daß die Demokraten Sicherung einer exportfördernden Handelsvertragspolitik sowie energische Förderung der Siedlungspolitik durch das Reich verlangen.

Regierungserklärung am 1. oder 3. Februar.

TU. Berlin, 27. Jan. Der Aeltestenrat des Reichstags beschloß gestern, am heutigen Tage noch eine kurze Sitzung abzuhalten, um die Fraktionen bis zur endgültigen Bildung der Regierung zusammenzuhalten. Dann soll in den Verhandlungen des Reichstages eine kurze Pause eintreten, deren Dauer noch nicht bestimmt ist. Jedenfalls bleiben der Freitag und der Sonnabend wegen der Thüringer Wahlen noch sitzungsfrei. Die Regierungserklärung wird entweder am Dienstag, den 1. Februar, oder am Donnerstag, den 3. Februar, abgegeben werden.

Erklärungen Dr. Stresemanns über Regierungskrise und Außenpolitik.

TU. Berlin, 27. Jan. Reichsaußenminister Dr. Stresemann gewährte dem Berliner Vertreter der „Times" ein Interview, in dem er sich eingehend mit der gegenwärtigen Regierungskrise befaßte. Er betonte, daß die Regierungskrise ausschließlich um Fragen der inneren Politik ginge, während auf dem Gebiete der auswärtigen Politik die von ihm geführte und vom Reichspräsidenten Hindenburg gebilligte Politik sichergestellt sei. Daher könne kein Vernünftiger annehmen, daß jetzt, wo die inneren Widerstände gegen die von ihm geführte Außenpolitik so sehr zusammengeschrumpft seien, er sich nun von dem klar vorgezeichneten Wege abbringen lasse. Das gleiche gelte für den Reichskanzler Marx. Wenn jetzt die Deutschnationale Volkspartei die Opposition aufgebe, und wieder in die Regierung eintrete, und wenn dies, wie unzweifelhaft feststehe, unter Festhaltung des bisherigen Kurses der Außenpolitik geschehe, so bedute dies in außenpolitischer Hinsicht nichts anderes, als daß sich seit dem Oktober 1925 ein bedeutsamer Wandel vollzogen habe. Dieser sei ein Beweis dafür, daß auch in den Kreisen, die hinter der Deutschnationalen Partei stehen, inzwischen das Verständnis für die Locarno-Politik lebendig geworden sei, und daß sich diese Politik in Zukunft sowohl im Parlament, als auch in der Oeffentlichkeit auf eine ganz überwiegende Mehrheit stützen könne. Man solle die Schwierigkeiten, die sich der Locarno-Politik entgegenstellten, nicht noch künstlich vermehren.

Tages-Spiegel.

Ueber die Richtlinien des Regierungsprogramms ist in den gestrigen Verhandlungen Dr. Marx mit den Parteiführern ein sachlicher Abschluß erzielt worden.

*

Zentrum und Volkspartei haben den Richtlinien für das Regierungsprogramm zugestimmt.

*

Die Deutschnationalen haben sich ihre Entscheidung vorbehalten, bis die Verhandlungen zu endgültigem Abschluß gefördert sind.

*

Die demokratische Reichstagsfraktion hat Bedenken namentlich gegen die schulpolitischen Sätze der Richtlinien vorgebracht.

*

Die Verhandlungen über die Personenfrage sollen heute beginnen.

*

Der Reichstag nahm gestern in dritter Lesung den Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten an.

*

Der Rechenschaftsbericht Poincares vor der Finanzkommission der Kammer befriedigte in Paris nur in geringem Maße. Besonders bemängelt wird, daß Poincare noch nicht die endgültige Stabilisierung vornehmen will.

*

Einstimmig hat der amerikanische Senat die Resolution angenommen, welche ein Schiedsverfahren im Konflikt mit Mexiko fordert.

Die Restpunktverhandlungen.

Die gestrige Sitzung des Versailler Militärkomitees.

TU. Paris, 27. Jan. Gestern nachmittag trat das Versailler Militärkomitee unter Vorsitz des Marschalls Foch zu einer Sitzung zusammen, an der auch General von Pawelsz und Legationsrat Dr. Forster teilnahmen. Zur Erörterung kamen die Einzelheiten eines Verständigungsprojektes.

In unterrichteten französischen Kreisen rechnet man weiterhin mit dem Zustandekommen einer Einigung noch vor dem 31. Januar.

Der deutsche Kulturkampf in Polen.

Eine neue Entscheidung Calonders für den deutschen Volksbund.

TU Berlin, 27. Jan. Wie die Morgenblätter aus Kattowitz melden, hat der Präsident der Gemischten Kommission auf die Beschwerde des Deutschen Volksbundes wegen Nichteröffnung der deutschen Minderheitsschule in Bobrownski-Piekar und Rudne eine Stellungnahme verkündet, nach der die Minderheitsschule unverzüglich zu eröffnen ist. Es sind in den Gemeinden Bobrownski, Piekar und Rudne neue Anmeldungstermine von angemessener Dauer durch Veröffentlichung in beiden Sprachen anzusetzen. Diese Anmeldungstermine sind der Gemischten Kommission bekanntzugeben. Diejenigen Kinder, die für die Minderheitsschule nicht angemeldet werden, sind von Amts wegen in die Schule zu überführen.

Ein deutscher Protest im polnischen Sejm.

TU. Warschau, 27. Jan. Bei der gestrigen Budgetdebatte im polnischen Sejm gab der Vertreter der deutschen Fraktion, Abg. Pisch, die Erklärung ab, daß auch seine Fraktion gegen das Budget stimmen werde, da die Verfolgungen, denen die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien ausgesetzt seien, alles menschlich Erträgliche übersteigen.

Die Mittelamerikapolitik der U.S.A.

Der amerikanische Kongreß für die Schiedsgerichtspolitik.

TU Newyork, 27. Jan. Die mehrfach geänderte Resolution Robinsons, die der Regierung empfiehlt, den Mexikokonflikt einem Schiedsgericht zu unterbreiten, ist vom Kongreß einstimmig angenommen worden, weil die Republikaner in der Resolution keine zwingende Verpflichtung für die Regierung gesehen haben. Zur Resolution erklärte Robinson, daß außer der schiedsgerichtlichen Beilegung des Konfliktes nur noch zwei Wege offen sind: der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Mexiko, was einer neuen mexikanischen Revolution und dem Sturz Calles gleichkäme und der Krieg, durch den die amerikanischen Truppen gezwungen werden würden, für immer in dem unruhigen Mexiko zu bleiben. In eingeweihten Kreisen nimmt man an, daß sich die Regierung von der Resolution des Kongresses nicht beeinflussen lassen wird.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Kleine politische Nachrichten.

Ein deutscher Schritt in Warschau. Zu den kürzlich erfolgten neuerlichen Ausweisungen von vier Deutschen aus Ostoberschlesien wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß dieses Verfahren der polnischen Behörden in Berlin stärkstes Befremden hervorgerufen hat, insbesondere da die polnischen Behörden auf Vorstellungen des deutschen Generalkonsulats in Kattowitz als Begründung für die Ausweisung nur anzuführen vermochten, daß die Deutschen lästig seien. Man sieht deutscherseits in dem Verhalten der polnischen Behörden einen Versuch, die zurzeit schwebenden Niederlassungsverhandlungen ernsthaft zu stören. Die deutsche Regierung wird daher weitere diplomatische Schritte in dieser Angelegenheit in Warschau unternehmen.

Auch Norwegen rüstet weiter. Der Folkething lehnte einen Antrag auf Abrüstung und einen weiteren auf Beschränkung des Militärbudgets auf höchstens 25 Millionen Kronen ab. Dagegen wurde beschlossen, daß die neue Heeresordnung, die einen Kostenaufwand von 40 Millionen Kronen erfordert, baldigst ausgearbeitet werden soll.

Ein Reparationskabel fertiggestellt. Der Bau des unterirdischen Kabels Brüssel—Lüttich, der auf deutsches Reparationskonto gutgeschrieben werden wird, ist innerhalb einer Rekordzeit von 4 Monaten fertiggestellt worden. Das Kabel ist gebrauchsfertig.

Deutscher Flottenbesuch in Athen. Nach einer Morgenblättermeldung aus Athen teilt die griechische Admiralität offiziell mit, daß als erstes deutsches Schlachtschiff nach dem Kriege der Kreuzer „Hamburg" am 8. Februar im Hafen von Athen einlaufen werde. Zum Empfang des Schiffes sind Festlichkeiten geplant.

Französische Eisenbahnanleihe in der Schweiz. Journal offiziel teilt mit, daß der Finanzminister ermächtigt wurde, in der Schweiz eine Eisenbahnanleihe von 150 Millionen Schweizer Franken aufzulegen. Die Laufzeit der 7%igen Anleihe beträgt 25 Jahre.

Das Haager Dawes-Schiedsgericht.

Die Replik des deutschen Vertreters.

TU. Haag, 26. Jan. In der Dienstagsitzung des 9-Milliardenprozesses erhielt der deutsche Vertreter, Prof. Kaufmann, das Wort zur Erwiderung auf die Ausführungen Sir John Fisher Williams. Prof. Kaufmann wies darauf hin, daß der Standpunkt der deutschen Regierung dahin ginge, daß nach Inkrafttreten des Dawesplanes vom 1. Sept. 1924 ab alle deutschen Entschädigungszahlungen Liquidierten aus der Liquidation vor diesem Datum aus den Dawesannuitäten genommen werden. Selbst bei einer angenommenen Richtigkeit des Standpunktes der Reparationskommission, daß die deutschen Auslandsvermögen mit Inkrafttreten des Versailler Vertrags auf die Alliierten übergegangen seien, treffe die Schlußfolgerung der Reparationskommission nicht zu. Auch die Liquidationen gehörten zu den Reparationen.

Zum Schluß beantwortete Prof. Kaufmann die vom Schiedsgericht ihm in der letzten Sitzung vorgelegten Fragen über die Entschädigung für den Verlust der deutschen Handelsflotte, und über gewisse Punkte, welche die Zuständigkeit der Anrufung des Schiedsgerichts der Reparationskommission betrafen. Am Nachmittag kam der französische Vertreter der Reparationskommission zum Wort. Nach der Sitzung am Mittwoch werden die geheimen Beratungen des Gerichts stattfinden, worauf vielleicht in der nächsten Woche die Entscheidung fällt.

Um Eupen—Malmedy.

Belgien gegen eine neue Volksabstimmung in Eupen-Malmedy.

TU Brüssel, 26. Jan. Die belgische Regierung bereitet eine Antwort auf die Neujahrskundgebung der Presse von Eupen-Malmedy vor, in der betont werden soll, daß die Bedingungen für die Volksbefragung durch den Versailler Vertrag festgesetzt seien und daß der Völkerbundsrat die Volksabstimmung bestätigt habe. Eine neue Volksbefragung sei daher ausgeschlossen.

Die tschechoslowakische Außenpolitik.

Eine Reise Dr. Beneschs.

TU. Prag, 26. Jan. In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des tschechoslowakischen Senats am Dienstag gab Außenminister Dr. Benesch zu verschiedenen Anfragen Erklärungen ab. Auf die Frage des deutschen Sozialdemokraten Dr. Heller, ob es nicht an der Zeit sei, mit Deutschland einen Schiedsvertrag abzuschließen, erwiderte Benesch, daß die Tschechoslowakei mit Deutschland bereits einen vollkommenen Arbitragevertrag, und zwar den Locarnovertrag, abgeschlossen habe. Ueber die Kleine Entente erklärte der Minister, daß alles Gerede von irgendwelchen Mißverständnissen zwischen den Staaten der Kleinen Entente unzutreffend sei. Ueber die geplante Reise des ungarischen Ministerpräsidenten sagte Dr. Benesch, die Tschechoslowakei habe nichts dagegen, wenn das jetzige Ungarn mit Italien ein Abkommen treffe. In der Frage der Anerkennung Rußlands durch die Tschechoslowakei habe sich nichts geändert. Schließlich erklärte Dr. Benesch noch, daß Verhandlungen mit dem Vatikan über ein Konkordat nicht geführt würden.

Der Barmatprozeß.

Im weiteren Verlauf des Barmat-Prozesses wurde zunächst der Brief des Abgeordneten Heilmann an den Finanzminister Dr. von Richter und das Schreiben des Finanzministers an den Präsidenten der Staatsbank, in dem um wohlwollendes Interesse für Barmat gebeten wird, verlesen. Als Zeuge wurde hierauf Bankrat Brand von der Staatsbank vernommen.

Als weiterer Zeuge wurde Geheimrat Rugge, der 1924 stellvertretender Staatsbankpräsident war, eingehend vernommen. Er schilderte das sichere Auftreten der Barmats, die schwer zu überzeugen gewesen seien, daß sie die Kredite auch einmal zurückzahlen müßten. Sie meinten im Gegenteil, noch höhere Kredite beanspruchen zu können. Von einer Weiterverleihung der Gelder durch die Anexima habe der Zeuge nichts gewußt. Barmat habe ihm einmal geraten, sich von der Ausdehnung und Sicherheit seiner Unternehmungen selbst zu überzeugen. Damit wurde aber Dr. Böttger, der Schwiegersohn des Zeugen, betraut, der alsdann den Posten eines Barmatschen Vertrauensmannes gegenüber den verschiedenen Konzernunternehmungen inne hatte. Geheimrat Rugge erklärt, daß er selbst weiter keine persönlichen Beziehungen zu Barmat gehabt und auch die Einladungen nach Schwanenwerder nicht angenommen habe.

Sodann wurden Staatsbankpräsident Schröder und Geheimrat Rugge als Zeugen einander gegenübergestellt, um einige Widersprüche in ihren Aussagen aufzuklären. Staatsbankpräsident Schröder erklärte, daß es die Staatsbank für kaufmännisch richtiger hielt, die Kredite weiter zu stunden, als Barmat am 15. Juni nicht zahlen konnte. Der Zeuge Geheimrat Rugge wiederholte, er habe gar keinen Auftrag bekommen, Barmat zu Rückzahlungen im Juni zu veranlassen. Er habe aber mit Barmat das Abkommen getroffen, die Kredite zu stunden und allmählich zurückzuzahlen. Präsident Schröder sei damit zufrieden gewesen.

Dann wurde noch der frühere Staatsfinanzrat in der Seehandlung Dr. Rühe vernommen, der zugab, daß als Erster Finanzrat Soldat gegenüber den Barmats skeptisch geworden sei. Der Zeuge mußte auch zugeben, daß die Abbauverfügung bei Barmat als gutem Kunden nicht durchgeführt worden sei und daß Barmats Deckungen nicht näher nachgeprüft worden seien.

*

Haftentlassung Iwan Kutiskers.

Die erste große Strafkammer des Landgerichts Berlin 1 verfügte auf Antrag der Verteidigung die Haftentlassung Iwan Kutiskers. Kutisker verbleibt in der Charitee, da ihn sein Gesundheitszustand transportunfähig macht.

Aus aller Welt.

Großfeuer in der Artillerie-Kaserne in Wiesbaden.

In der von den Engländern besetzten Wiesbadener Artillerie-Kaserne brach ein Großfeuer aus, das 2 Stunden lang 4 Gebäude in Flammen hielt. Mit knapper Not konnten die Pferde aus der Kaserne gerettet werden.

Riesengeldstrafen für Autoschmuggler.

Wegen verbotswidriger Einfuhr von 15 Kraftwagen aus dem Elsaß und Zollhinterziehung wurden ein Autohändler aus Offenburg und ein Mechaniker zu je 180 000 Mark Geldstrafe bezw. 1 Jahr Gefängnis und ein Berliner Ingenieur wegen Anstiftung zu 90 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurde die Beschlagnahme von 6 sichergestellten Autos verfügt. Für 9 nicht ermittelte Wagen wurden die Angeklagten zum Wertersatz von 54 000 Mark verurteilt.

Schwerer Zugszusammenstoß im Nebel.

Der aus Glatz abgegangene Schnellzug stieß nach Verlassen des Gymespasses 1 Kilometer von der Station Asolenka mit einem Güterzug bei starkem Nebel zusammen. Beide Lokomotiven wurden zertrümmert. Vom Begleitpersonal des Güterzuges wurden drei Personen, die vollständig betrunken waren und die Haltesignale nicht beachtet hatten, getötet, vom Personal des Schnellzuges wurden ebenfalls zwei Mann als Leichen geborgen. Ferner wurden 10 Personen des Schnellzuges schwer und mehrere leicht verletzt.

Judenausschreitungen in Polen.

Wie aus Bjalistock gemeldet wird, hat der Rabbiner der Stadt gegen den Film „Ben Hur", der in Bjalistock seine Erstaufführung erleben sollte, den Bannfluch ausgesprochen, worauf die Juden der Stadt das Kino stürmten, das Publikum vertrieben und den Film verbrannten. Der Kinodirektor, der die Absetzung des Films „Ben Hur" abgelehnt hatte, wurde schwer verletzt. Da in Bjalistock Zusammenstöße zwischen Juden und Christen befürchtet werden, steht die Stadt unter militärischer Bewachung.

Das Aenderungsgesetz zum Gemeindesteuergesetz.

Dem Landtag sind jetzt die beiden Gesetzentwürfe zur Aenderung des Gemeindesteuergesetzes und der Landessteuerordnung zugegangen, deren Einbringung der Finanzminister Dr. Dehlinger bei der Vertagung des Landtages kurz vor Weihnachten in baldige Aussicht gestellt hatte. Das Aenderungsgesetz zum Gemeindesteuergesetz bringt an wichtigen Neuerungen die im Zusammenhang mit dem neuen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetz notwendig gewordene Neuregelung der Gemeindesteuerpflicht der Versorgungsbetriebe, ferner eine Sonderregelung für bestimmte Fälle, in denen die Umwandlung bisher steuerpflichtiger in steuerfreie Betriebe besonders hart wirkt, endlich eine Neuordnung der Hundesteuer. Im übrigen enthält der Entwurf eine Anzahl Aenderungsvorschläge von geringerer Bedeutung, die sich bei der bisherigen Handhabung des Gesetzes als zweckmäßig erwiesen haben. Bezüglich der Neuregelung der Gemeindesteuerpflicht der Versorgungsbetriebe wird in dem Entwurf gesagt, daß es nicht gerechtfertigt erscheine, solange die Staatssteuerfreiheit der Versorgungsbetriebe bestehe, die für diese Befreiung ausschlaggebend gewesenen Gesichtspunkte auch in der Frage der Amtskörperschaftsumlagepflicht der gemeindlichen Versorgungsbetriebe maßgebend sein zu lassen und diese Betriebe nur für Betrieb und Besitz in fremden Gemeinden gemeindeumlagepflichtig zu erklären. Die mit Rücksicht auf die Staatssteuerfreiheit der Versorgungsbetriebe öffentlicher Körperschaften neu geschaffene Ermäßigung des steuerbaren Gewerbeertrags für gemischtwirtschaftliche Gas- und Elektrizitätswerke könne für die Gemeinde- und Amtskörperschaftsumlage natürlich nicht berücksichtigt werden, da solche Betriebe sonst günstiger gestellt wären, als die eigentlichen Versorgungsbetriebe. Die Neuordnung soll zusammen mit den neuen Gewerbesteuervorschriften vom 1. April 1926 in Kraft treten. — Was die Hundesteuer anbelangt, so beträgt dieselbe für das Rechnungsjahr 20 Mark; der Gemeinderat kann die Steuer jedoch ermäßigen in Gemeinden bis zu 300 Einwohnern auf 5 Mark, in Gemeinden bis 1000 Einwohner auf 10 Mark, in Gemeinden von 1000—2000 Einwohnern auf 15 Mark; er kann sie aber auch bis auf 40 Mark erhöhen und mit Genehmigung des Innenministeriums und des Finanzministeriums noch weiter; ferner für den zweiten Hund auf das Doppelte, für den dritten und die weiteren Hunde auf das Dreifache der Jahressteuer. Eine Steuerermäßigung ist auch vorgesehen zur Begünstigung der Rassehundezucht durch Züchter, die ihre Zuchttiere in ein von einer Züchtervereinigung anerkanntes Zucht- oder Stammbuch eintragen lassen. Steuerfrei sind Führerhunde für Blinde, ferner die auf öffentliche Kosten gehaltenen Hunde (Forst-, Polizei-, Gefängnis-, Zoll- usw. Hunde), ferner Heeresdiensthunde usw., wenn sie von den Beamten nach der Bestätigung der vorgesetzten Behörde zu dienstlichen Zwecken benötigt werden.

Nach den bisherigen Erfahrungen wird aber auch ein Betrag von 3 Milliarden nicht ausreichen, auch nur die notwendigsten Bedürfnisse der bedrängten Gemeinden durch Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock zu befriedigen. Es soll daher für 1926 aus allgemeinen Staatsmitteln dem Ausgleichsstock ein Zuschuß von 1 Million Mark zugewiesen werden. Hierbei handelt es sich lediglich um eine einmalige Maßnahme für 1926. Auch im Ueberigen können die grundsätzlichen Vorschläge des Entwurfs in ihrer Auswirkung zunächst nur für 1926 übersehen werden.

Im einzelnen ist noch zu bemerken: Von dem Gesamtanteil der Gemeinden wird monatlich vorweg an der Einkommensteuer 220 000 Mark, an der Körperschaftssteuer 30 000 Mark dem Ausgleichsstock zugewiesen. Der Rest wird unter die einzelnen Gemeinden bei der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer je besonders nach den Verhältniszahlen (Schlüsselanteilen) verteilt, die für jedes Rechnungsjahr nach den Vorschriften des Art. 9 festzustellen sind. Das Finanzministerium gibt jeden Monat öffentlich bekannt, wie viel Hundertteile ihrer Schlüsselanteile die Gemeinden aus dem Aufkommen an Einkommensteuer und an Körperschaftssteuer erhalten.

*

Der Hauptinhalt des Entwurfs des Aenderungsgesetzes zur Landessteuerordnung besteht in den Vorschlägen für eine andere Verteilung der Anteile der württ. Gemeinden am Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteueraufkommen. Außerdem schlägt der Entwurf in Art. 3 eine in den besonderen Verhältnissen des Rechnungsjahres 1926 begründete Uebergangsvorschrift vor, wonach über die bereits vollziehbar gewordenen Gemeindeumlagesätze für das Rechnungsjahr 1926 nach Feststellung der neuen Gewerbekataster und nach Bekanntwerden der für das Rechnungsjahr 1926 zu erwartenden Reichssteueranteile erneut Beschluß zu fassen sein soll. In Art. 1, Nr. 1 und 2 sieht der Entwurf weiter die Streichung der Vorschriften über Verzugszuschläge und eine Neufassung der Vorschriften über Verzugs- und Stundungszinsen vor. Die übrigen Teile des Entwurfs sind nebensächlicher Bedeutung und dienen teils der Klarstellung, teils lediglich der formalen Anpassung des Wortlauts der Landessteuerordnung an geänderte Verhältnisse. Der Entwurf sucht eine Milderung zu erreichen a) durch eine Aenderung des Verteilungsschlüssels bei der Umsatzsteuer (60 Prozent des Landesanteils) unter die einzelnen Gemeinden mit Wirkung vom 1. April 1926 ab zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Wohnbevölkerung, zu einem Drittel nach dem Verhältnis der vereinigten (zusammengerechneten) Rechnungsanteile an der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer zu verteilen. Der Entwurf schließt sich damit im Grundsatz dem § 40, Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes für die Verteilung des Gesamtländeranteils an der Umsatzsteuer unter die einzelnen Länder an, nur mit dem Unterschied, daß die vereinigten Einkommen- und Körperschaftssteuer-Rechnungsanteile an Stelle des örtlichen Umsatzsteueraufkommens treten sollen. Die Zugrundelegung des örtlichen Aufkommens an Umsatzsteuer als Verteilungsmaßstab ist für die Unterverteilung unter die Gemeinden schon deshalb nicht möglich, weil das auf die einzelne Gemeinde entfallende örtliche Aufkommen an Umsatzsteuer von den Finanzämtern gar nicht festgestellt wird. Die Aenderung des Verteilungsschlüssels bei der Umsatzsteuer genügt für sich allein nicht, um eine ausreichende Erleichterung für die kleineren Gemeinden zu erzielen. Als weiterer Ausgleich wird daher eine Erhöhung des Anteils des nach Art. 15, LStO. für den Lastenausgleich unter den Gemeinden gebildeten Ausgleichsstocks an den Reichssteueranteilen der Gemeinden von 2 auf 3 Millionen vorgeschlagen. Da aber auch ein Betrag von 3 Millionen nicht ausreicht, auch nur die notwendigsten Bedürfnisse der bedrängten Gemeinden durch Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock zu befriedigen, soll deshalb für 1926 aus allgemeinen Staatsmitteln dem Ausgleichsstock ein Zuschuß von 1 Million angewiesen werden. Hierbei handelt es sich lediglich um eine einmalige Maßnahme für das Rechnungsjahr 1926. Auch im übrigen können die grundsätzlichen Vorschläge des Entwurfs in ihrer Auswirkung zunächst nur für das Rechnungsjahr 1926 übersehen werden. Ob sie sich auf die Dauer aufrecht erhalten lassen oder welche Aenderungen vorzunehmen sind, [illegible] schon für das Rechnungsjahr 1927 erst beurteilt werden, wenn das demnächst dem Reichstag zugehende Aenderungsgesetz zum Finanzausgleichsgesetz endgültig verabschiedet ist, insbesondere, wenn feststeht, ob die Gewährleistung der Gesamtanteile der Länder an der Umsatzsteuer mit 450 Millionen Mark jährlich auch für das Rechnungsjahr 1927 aufrecht erhalten bleibt, wie dies nach den einstimmig gefaßten Beschlüssen des Reichsrates der Fall sein soll. Der Entwurf ist mit den Vertretungen der Gemeinden, dem Württ. Städtetag und dem Württ. Gemeindetag, eingehend erörtert worden, beide Organisationen haben ihm zugestimmt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Stadt und Land.

Calw, den 27. Januar 1927.

Die Wohnungspolitik der württ. Regierung.

In der Schlußsitzung der Zweiten Württ. Wohnungs- und Heimstättentagung machte in Anschluß an einen Vortrag von Minister a. D. Rönneburg über die Bedeutung der Landsiedlung im Osten und Norden Deutschlands Innenminister Bolz Ausführungen über die Wohnungspolitik der württ. Regierung. Er gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Siedlungsbewegung sowohl wie der Heimstättengedanke jetzt im ganzen Volk so großen Widerhall finde. Für das Siedlungswrk könne Württemberg vorzügliches Menschenmaterial zur Verfügung stellen. In der Frage der Wohnungspolitik sei die württ. Regierung von dem Gedanken ausgegangen, daß die Hauszinssteuer und damit die einzige staatliche Quelle für den Wohnungsbau über kurz oder lang fallen werde. Im Gedanken an die Zukunft habe man daher zum Teil auf Unkosten der augenblicklichen Wohnungsfürsorge in der Wohnungskreditanstalt eine feste Kapitalsanlage geschaffen, die die künftige Wohnungspolitik von späterer Steuerleistung unabhängig mache. Von gewisser Seite sei gefordert worden, der Staat solle das Steuergeld den Banken zur Herabsetzung des Zinsfußes zur Verfügung stellen. So lange er etwas zu sagen habe, werde er sich stets dagegen mit ganzer Energie wenden, da dadurch dem Staat das Geld entzogen werde.

Vom Landesverband der Württ. Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz

gingen, im Anschluß an die Generalversammlung der Calwer Freiw. Sanitätskolonne, zwei Schreiben von dem 1. Vorsitzenden Generalleutnant a. D. von Stroebel hier ein. Der Landesverband stellt mit großem Bedauern fest, daß der seitherige Kolonnenführer Amtsgerichtsobersekretär E. Pfizenmaier infolge gesundheitlicher Verhältnisse u. a. sein seit 15 Jahren innegehabtes vorwurfsfreies Führeramt in der Kolonne Calw niedergelegt hat. Der Landesverband wolle nicht verfehlen, dem Scheidenden für seine langjährigen Verdienste um die Calwer Kolonne seine Anerkennung und den Dank auszusprechen. — Im zweiten Schreiben, ebenfalls von Generalleutnant a. D. v. Stroebel unterzeichnet, wird vom Landesverband die Wahl des jetzigen Kolonnenführers Malermeister K. Kirchherr bestätigt. Pflichtgemäß war die Wahl vom Bezirksvertreter vom Roten Kreuz Oberamtmann Rippmann an das Präsidium nach Stuttgart berichtet worden. Die im Schreiben weiter noch geforderte Uebergabe der Akten, Kasse usw. an die neue Kolonnenleitung ist inzwischen erfolgt. — Möge die Kolonne nun unter der neuen Leitung weiter so erhalten bleiben, wie sie in den 15 Jahren unter der seitherigen Leitung geführt wurde.

Klavier- und Violinabend.

Mit dem Konzert, welches die Herren Hermann Reutter-Stuttgart und Franz Kaim-Kirchheim-Teck am 1. Februar im „Badischen Hof" veranstalten werden, steht uns ein Kunstgenuß bevor. Hermann Reutter ist trotz seiner Jugend bereits einer der bedeutendsten Pianisten und Komponisten der jüngeren Generation. Als überragender Pianist feiert er überall, wo er auftritt, durch sein technisch wie musikalisch auf höchster Stufe stehendes Spiel wahre Triumphe. Franz Kaim ist uns als Prim-Geiger des rühmlichst bekannten Kaim-Quartetts kein Unbekannter mehr. Das auserlesene Programm wird uns Werke von Mozart, Beethoven, Schubert, Chopin und Brahms bringen.

Lichtspieltheater Bad. Hof.

Von morgen abend ab läuft im Lichtspieltheater „Bad. Hof" der Singfilm „Das Herz am Rhein". Er ist ein Film, der ganz im Dienst des deutschen Heimatgedankens steht, der die Liebe zum alten Vater Rhein und zu den von ihm durchflossenen herrlichen deutschen Landen, zu Vaterland und Heimat pflegen und stärken will. Er führt in prächtigen Bildern die ewigen Schönheiten des gesegneten Rheinlandes vor Augen und zeigt Menschen, begabt mit echt rheinischem Humor und oft bewährter rheinischer Treue. Eine schlichte Liebesgeschichte und traute rheinische Volksliederweisen beleben den prächtigen, überaus sehenswerten Film. Näheres siehe im Anzeigenteil.

Generalversammlung des Vereins der Brieftaubenzüchter in Altburg.

Von nah und fern waren alle Züchter gekommen, um an den Geschicken der jungen Bewegung teilzunehmen. Der Verein hat nach innen und außen in der kurzen Zeit seines Bestehens schöne Fortschritte gemacht. Besonders die Ausstellung im Herbst war ein züchterischer Erfolg. Im neuen Jahre warten große Aufgaben. Der Verein wird sich an den Flügen der Reisevereinigung „Badenia" beteiligen. Große Erfolge werden dabei nicht winken, denn in den Städten wie Pforzheim, Karlsruhe, Durlach usw. bestehen schon Jahrzehnte lang Vereine. Im Frühjahr und Sommer fliegen die alten Tiere in der Richtung Berlin, in 50, 100, 150 Km.-Abständen bis Spandau (540 Km.). Wenn das Wetter es zuläßt bis Königsberg. Die Tiere werden in Transportkörben befördert und aufgelassen. Im Spätsommer fliegen die im Frühjahr gezüchteten Jungtiere des Jahres 1927, allerdings nur bis 150—200 Km. — Mit regem Interesse an den Leiden und Freuden aller Züchter, regem Austausch der Erfahrungen aus dem Jahr 1926 und mit Wünschen auf bestes Gelingen der guten Sache schloß die harmonisch verlaufene Versammlung mit einem kräftigen „Gut Flug!"

Außerordentliche Generalversammlung der Molkereigenossenschaft und des Darlehenskassenvereins Simmozheim.

Die Molkereigenossenschaft und der Darlehenskassenverein beriefen ihre Mitglieder auf Montag abend zu einer außerordentlichen Generalversammlung. Zur Debatte stand der vom Vorstand und Aufsichtsrat beider Genossenschaften gefaßte Plan, ein in zentraler Lage gelegenes und dem Verkauf ausgesetztes Haus zu erwerben und in dem Anwesen eine neuzeitlich eingerichtete Molkerei und einen Lagerschuppen mit Verladerampe zu errichten. Der Plan fand bei den Mitgliedern der Molkereigenossenschaft wenig Anklang, da bei Durchführung des Planes erhebliche finanzielle Unkosten entständen, welche die Genossenschaft auf lange Zeit hinaus belasten würden. Die Notwendigkeit eines Lagerschuppens wurde von den Mitgliedern des Darlehenskassenvereins allgemein betont, es wurde jedoch zum Ausdruck gebracht, daß die Lage des geplanten Anwesens für die Erstellung eines geräumigen Schuppens nicht günstig sei und daß die Erwerbung des Anwesens durch beide Genossenschaften gemeinsam den Darlehenskassenverein zu höheren finanziellen Opfern zwinge, als wenn der Darlehenskassenverein auf eigene Faust einen Schuppen erstellt. Die geheime Abstimmung der sehr zahlreich besuchten Generalversammlung ergab bei beiden Genossenschaften eine große Mehrheit für Ablehnung des Projekts. Der Vorstand des Darlehenskassenvereins wurde beauftragt, in tunlichster Kürze einen geeigneten Bauplatz zur Erstellung eines Lagerschuppens zu erwerben.

Ein Wink für Bienenzüchter.

Grießliches Wachs entsteht dann, wenn ausgelassenes Wachs in sehr kaltes Wasser tropft. Es kommt dann die richtige Bindung nicht mehr zustande. Das Wachs ist deswegen aber durchaus nicht minderwertig. Zum Verkaufe eignet es sich in solcher Form allerdings nicht. Wir nehmen darum das Wachs nochmals in den Schmelztopf, erhitzen es langsam, aber nicht bis zum Siedepunkt, und gießen es dann recht langsam in nicht allzu kaltes Wasser. Wir erhalten dann bei echtem Wachs die prächtigsten Wachsscheiben.

Wetter für Freitag und Samstag.

Der Hochdruck im Westen, der sich über Süddeutschland bis gegen Frankreich erstreckt, behauptet sich noch, wird aber von der Depression im Norden mehr und mehr verdrängt, so daß für Freitag und Samstag wieder mehrfach bedecktes Wetter zu erwarten ist.

*

SCB. **Weilderstadt,** 26. Jan. Auf der Strecke Stuttgart—Leonberg sollen demnächst Triebwagen verkehren. Die Führung der Triebwagen bis Weilderstadt soll beantragt werden.

SCB. **Leonberg,** 26. Jan. Die Amtskörperschaft Leonberg stellt bekanntlich für den Fall der Eingemeindung von Weil im Dorf nach Feuerbach Entschädigungsansprüche in Höhe von 5—700 000 Mark mit der Begründung, daß das Oberamt Leonberg nach Ausscheiden von Weil im Dorf nicht mehr lebensfähig sei. Im Anschluß daran wird die Frage erörtert, ob nicht durch Auflösung des Oberamtes Leonberg die Streitfrage zu lösen wäre. Weitere große Gemeinden, wie Ditzingen und Gerlingen, werden früher oder später doch von der Großstadt aufgesaugt werden. Auch würde die Zuteilung an die Oberämter Stuttgart, Böblingen, Maulbronn und Vaihingen für manche Orte einen Vorteil bedeuten. Man berechnet, daß die Ersparnis an Verwaltungskosten im Falle der Aufteilung des Oberamtes etwa dem Ausfall entsprechen würde, der durch das Ausscheiden von Weil im Dorf entsteht.

SCB. **Stuttgart,** 26. Jan. Der Abg. Dr. Hölscher hat folgende Kleine Anfrage gestellt: Nach Zeitungsmeldungen soll die Reichsbahngesellschaft beabsichtigen, in nächster Zeit noch weitere Arbeiter, insbesondere gelernte Handwerker, zu entlassen und Betriebe zu schließen. Sind derartige Maßnahmen auch für Württemberg babsichtigt? Bejahendenfalls, ist das Staatsministerium bereit, gegen derartige Einschränkungen des Betriebs, die nur die Arbeitslosigkeit vermehren, Einspruch zu erheben?

SCB **Stuttgart,** 26. Jan. Im Hinblick auf die günstige Entwicklung des Kapitalmarkts hat der Abg. Scheef (Dem.) im Landtag den Antrag gestellt, das Staatsministerium zu ersuchen, erstens alle bis zum 15. Februar 1927 einkommenden, sowie die rückständigen, berücksichtigenswerten Baudarlehensgesuche durch die Wohnungskreditanstalt zustimmend bescheiden zu lassen; 2. zum Zweck der Finanzierung soweit erforderlich eine entsprechende Anleihe aufzulegen; 3. die erforderlichen Einleitungen umgehend zu treffen. Ferner hat der Abg. Scheef eine Kleine Anfrage gestellt, in der darauf hingewiesen wird, daß im Landtag von Rednern verschiedener Parteien gefordert wurde, es möchten hinsichtlich der Gebäudeentschuldungssteuer in Württemberg weitergehende Milderungsbestimmungen eingeführt werden, als sie zur Zeit bestehen, sei es gesetztlich, sei es im Wege der Ausführungsvorschrift. Der Abg. fragt, was in dieser Richtung von den zuständigen Stellen seither geschehen ist und was das Staatsministerium im Sinne der genannten Anregungen zu tun gedenkt.

SCB **Stuttgart,** 26. Jan. Wie wir hören, wird der Wiederzusammentritt des Landtags nicht, wie vorgesehen, noch Ende Januar oder Anfang Februar, sondern erst am Dienstag, den 8. Februar, erfolgen.

SCB **Tübingen,** 26. Jan. Die seinerzeit vom Gemeinderat bestellten Eisenbahnwagen, die zu Notwohnungen eingerichtet werden sollen, sind eingetroffen und beim Schlachthaus aufgestellt worden.

SCB. **Tübingen,** 26. Jan. Die Universität Tübingen wird im laufenden Winterhalbjahr von 2255 Studierenden, darunter 189 weiblichen, besucht. Hiervon sind 1300 Württemberger. Unter den 955 Nichtwürttembergern befinden sich 883 Angehörige anderer deutscher Länder, 54 Auslandsdeutsche und 18 Ausländer. Außerdem sind 86 Personen, darunter 36 weibliche, als Hörer zugelassen.

SCB. **Frommern,** OA. Balingen, 26. Jan. Die böse Unsitte, Nägel in den Mund zu nehmen, bevor solche verarbeitet werden, hätte hier fast ein Opfer gefordert. Der 12 Jahre alte Schüler Wilhelm Koch verschluckte einen ca. 4 Zentimeter langen Nagel. Er verspürte nachher Schmerzen in den Eingeweiden, sodaß sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Jedenfalls wird ärztliche Behandlung in der chirurgischen Klinik in Tübingen notwendig sein.

SCB **Gmünd,** 26. Jan. Der Gemeinderat hat gestern einer Neuregelung der Minderbemitteltenfürsorge zugestimmt, in der die bisherigen Richtsätze durch Zuschüsse verbessert werden, was bis Ende April eine überetatsmäßige Mehrausgabe von 6800 ℳ ausmacht. Bei der teilweisen Neubesetzung der Wohnungskommission war zu hören, daß mit dem baldigen Abbau des Wohnungsamts zu rechnen ist; das Amt wird voraussichtlich später bis zu seiner Entbehrlichkeit von einer anderen städtischen Behörde mitverwaltet werden. Für die neue Jugendherberge, die im Taubental am Waldrand errichtet wird, gibt die Stadt den Bauplatz und außerdem ein unverzinsliches Darlehen von 5000 Mark.

SCB **Vom Bodensee,** 26. Jan. Zwischen den Stadtverwaltungen von Lindau und Bregenz wurden Verhandlungen angebahnt zur Errichtung eines gemeinsamen Flugplatzes am früheren bayrischen Exerzierplatz an der Grenze, um den Anforderungen für den im nächsten Sommer beginnenden Flugverkehr Wien-Bregenz gerecht zu werden.

Sport.

Fußballsport in Altburg.

Am kommenden Sonntag tritt die erste Elf Altburgs nach längerer Pause wieder einmal in die Schranken. Der F. C. Juventus Calw gibt den Gegner. Wer schon ein Spiel der beiden Mannschaften gesehen hat, wird nicht versäumen, auch dieses zu sehen. — In nächster Zeit werden für Altburg die Aufstiegsspiele beginnen, bis dahin muß die erste Elf jeden Sonntag im Training stehen. Eine Reihe interessanter Spiele steht deshalb aus.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse.

100	holl. Gulden	168,81
100	franz. Franken	16,70
100	schweiz. Franken	81,33

Börsenbericht.

An der Börse gab es gestern wenig Geschäft und vorwiegend Kursrückgänge.

Produktenbörsen- und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. V.

L. C. **Berliner Produktenbörse vom 26. Januar.**

Weizen, märk. 267—271, Roggen, märk. 253—255, Gerste 217—245, dto. 194—207, Hafer, märk. 187—198, Mais loko Berlin 190—192, Weizenmehl 35,25—38, Roggenmehl 35,25 bis 37,25, Weizenkleie 15, Roggenkleie 14,75—15, Viktoriaerbsen 52—66, kleine Speiseerbsen 30—32, Futtererbsen 22—25, Peluschken 22—23, Ackerbohnen 20½—24½, Wicken 23—24½, blaue Lupinen 15½—16½, gelbe 17½—19, Seradella, neue 30 bis 33, Rapskuchen 16,20—16,30, Leinkuchen 20,80—21, Trockenschnitzel 11,80—12, Sojaschrot 19,70—20,10, Kartoffelflocken 3,20—3,60; Tendenz: fest.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Dienstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 51 Ochsen, 22 Bullen, 250 Jungbullen (unverkauft 20), 220 (20) Jungrinder, 171 Kühe, 933 Kälber, 1627 (200) Schweine, 3 Schafe. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. Sorte 52—55 (letzter Markt: —); 2. 44—49 (unverändert); 3. 37—42 (unv.); Bullen 1. 51—52 (50—52); 2. 47—49 (46 bis 49); 3. 42—45 (41—45); Jungrinder 1. 54—59 (54—58); 2. 47 bis 52 (unv.); 3. 42—46 (unv.); Kühe 1. 42—47 (—); 2. 30 bis 40 (unv.); 3. 19—29 (unv.); 4. 13—18 (unv.); Kälber 1. 78—81 (unv.); 2. 69—76 (unv.); 3. 56—66 (55—67); Schweine 1. 74—75 (bis 78); 2. 73—74 (bis 78); 3. 73—74 (76—77); 4. 70—72 (74—76); 5. 65—68 (—); Sauen 52—62 (—). Marktverlauf: bei Großvieh und Kälbern mäßig, bei Schweinen langsam.

Weilderstadter Schweinemarkt.

Zufuhr: 143 Stück Milchschweine. Preis: 33—65 ℳ pro Paar. Handel flau, Preise schwankend.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt.

Auftrieb: 14 Ochsen, 9 Kühe, 31 Rinder, 14 Farren, 4 Kälber, 20 Schafe, 217 Schweine. Preise: Ochsen 1. Qual. 54 bis 56, 2. 48—52, Farren 1. 52—55, 2. und 3. 48 und 45, Kühe 2 und 3. 32 und 25, Rinder 1. 65—60, 2. 51—56, Kälber 2. 80—84, 3. 75—78, Schweine 1. 78—80, 2. 76—79, 3. 72 bis 75 ℳ. Marktverlauf: langsam.

Ulmer Schlachtviehmarkt.

Zutrieb: 4 Ochsen, 11 Farren, 9 Kühe, 12 Rinder, 123 Kälber, 149 Schweine. Preise: Ochsen 1. Qual. 46—48, Farren 1. 44—48, 2. 40—42, Kühe 2. 28—32, 3. 18—26, Rinder 1. 48 bis 50, 2. 44—46, Kälber 1. 68—70, 2. 62—66, Schweine 1. 68—70, 2. 64—66 ℳ. Marktverlauf: In allen Gattungen langsam.

Schweinepreise.

Dischingen: Milchschweine 22—30 ℳ. — Gaildorf: Milchschweine 24—30 ℳ. —Gerabronn: Milchschweine 22—32 ℳ. — Echterdingen: Läufer 40—70, Milchschweine 20—30 ℳ. — Nürtingen: Läufer 45—78, Milchschweine 22—36 ℳ. — Schömberg: Milchschweine 21—25 ℳ. — Spaichingen: Milchschweine 17 bis 26 ℳ je das Stück.

Aalen: Milchschweine 21—38 ℳ. — Besigheim: Milchschweine 20—25, Läufer 42—43 ℳ. — Bönnigheim: Milchschweine 21—26, Läufer 38—60 ℳ. — Ilshofen: Milchschweine 25—38, Läufer 60 ℳ. — Kirchheim u. T.: Milchschweine 20—35, Läufer 40—85 ℳ. — Riedlingen: Milchschweine 25—31, Mutterschweine 180—210, Läufer 90—120 Mark. — Tuttlingen: Milchschweine 20—24, Läufer 38 bis 42 ℳ das Stück.

Fruchtpreise.

Aalen: Kernen 15, Weizen 14,50—14,60, Roggen 12,20 bis 12,50, Gerste 12,50—12,80, Haber 9,20—9,50 ℳ. — Heidenheim: Kernen 15.50, Weizen 14.15, Roggen 11.10, Gerste 12.75, Haber 9.50 ℳ. — Ellwangen: Weizen 14—14.50, Roggen 12.40, Hafer 9.30—9.50 ℳ. — Nördlingen: Weizen 14.30 bis 14.50, Roggen 12.20—12.50, Gerste 13.20—13.60, Haber 9.60 bis 10.50, Bohnen 11—11.40 ℳ. — Leutkirch: Weizen 13.50 bis 14.50, Roggen 12.50—12.75, Gerste 12, Haber 10—11.50, Wicken 10 ℳ. — Ochsenhausen: Haber 9.10—9.40 ℳ. — Riedlingen: Weizen 14.50, Saatgerste 13.70—14, Gerste 12.80 bis 13.60, Roggen 11.50 ℳ. — Urach: Dinkel 10—10.70, Gerste 13—13.50, Haber 10—10.20, Weizen 14.50—15.40, Roggen 12.50, Linsen 20 ℳ der Zentner.

*

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftltg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Amtliche Bekanntmachungen.

Stadtgemeinde Calw.

Abholung der Steuermarkenblätter.

Arbeitgeber, die zu Beginn eines Kalenderjahrs nicht mehr als drei Arbeitnehmer in einem dauernden Dienstverhältnis beschäftigen, haben den Steuerabzug vom Arbeitslohn gesetzlicher Vorschrift gemäß durch **Kleben von Steuermarken** durchzuführen.

Die Abgabe der dazu erforderlichen Steuermarkenblätter geschieht während der üblichen Kanzleistunden auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 3.

Calw, den 26. Januar 1927.

Städt. Steueramt: Mößner.

Gechingen.

Schlachtfarrenverkauf

Die Gemeinde verkauft **Montag, den 31. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr,** beim Farrenstall einen jüngeren, zur Zucht nicht mehr tauglichen Farren im öffentlichen Aufstreich.

Den 25. Januar 1927. **Gemeinderat.**

Am Samstag, den 29. Januar fahren

2 Herrenberger Verkehrskraftwagen

zur **Abend-Vorstellung** des

Zirkus Sarrasani nach Stuttgart.

Preis RM. 3.50, Eintrittskarten in den Zirkus können besorgt werden. **Abfahrt 5 Uhr nachmittags beim Hotel Adler. Sofortige Anmeldung** von Teilnehmern bei Bierdepot **Schlanderer** erbeten.

B. G.

Generalversammlung

am Samstag, den 29. Januar, abends 8½ Uhr, im Badischen Hof.

Tagesordnung wie üblich.
Zahlreiche Beteiligung erbeten.

Calw, den 26. Januar 1927. **Der Ausschuß.**

Für Konfirmation
empfehle
Samt-Kleider
sowie Samte
in jeder Preislage
Ernst Schall

Württembergische Versicherungs-Gesellschaft
(über 50 000 württ. Mitglieder)
sucht tüchtigen

Bezirksvertreter

gegen Gehalt und Provision. Geeignete Nichtfachleute werden evtl. eingearbeitet. Angebote unter **D. St. 21** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Eingetroffen:
Süß-Bücklinge
(große)
1 Pfund 80 Pfg.,
½-Pfund-Kiste **1.40** Mk.
Holländer
Rotkraut
Pfund 12 Pfg.
Pfannkuch

Zimmer-Gesuch.

Jüngerer Beamter sucht auf 1. Februar möbliertes, heizbares

Zimmer

mit elektrischem Licht.
Angebote und zu richten unter **S. G. 20** an die Gesch.-St. ds. Bl.

Samtkleid

noch wie neu für Konfirmandin verkauft
Zwerger

Oberhaugstett.
25 bis 30 Ztr.

Heu u. Oehmd

verkauft
J. Walz, Müller

Lichtspiel-Theater Bad. Hof

Ab Freitag bis Sonntag inkl.
Unter Mitwirkung eines erstklassigen Berliner Künstler-Ensembles

Das Herz am Rhein

Filmsingspiel in 6 Akten

Das alte, schöne Volkslied, der Vater Rhein. Zwei Begriffe, die mit dem Wesen des Deutschtums unlösbar verbunden sind. Dieser Film zeigt uns erneut, was Deutschland an seinem Rhein und seinen Rheinländern besitzt.

Vorstellungen: Freitag, 8 Uhr abends,
Samstag, 8 Uhr abends,
Sonntag 3 Uhr nachm. u. 8 Uhr abends.

Jugendliche haben Zutritt.
Zu der Vorstellung Sonntag mittag 3 Uhr erhalten Schüler bis 14 Jahren ermäßigte Preise.

Deutsche Reichsbahngesellschaft.

Am **Dienstag, den 1. Februar ds. Js.,** verkehrt **nach Schluß der Vorstellung im Zirkus Sarasani** ein **Sonderzug Stuttgart** Hbf. **nach Calw** Stuttgart Hbf. ab 11.35 abends, Calw an 1.14 nachts. Zur Fahrt berechtigen die Fahrkarten des allgemeinen Verkehrs, die bis 3 Tage vor dem Verkehren des Sonderzugs gelöst werden können. Bestellungen auf Eintrittskarten für den Zirkus werden von den Fahrkartenausgabestellen, die nähere Auskunft über die Preise der Zirkusplätze usw. erteilen, entgegengenommen.

Bahnstation Calw.

Calw,
den 27. Januar 1927.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, die wir anläßlich des Heimgangs unseres lieben Kindes

Irene

erfahren durften, sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus. Besonders danken wir für die uns so tröstenden Worte des Herrn Stadtpfarrers Lang, sowie für die überaus zahlreichen Kranz- u. Blumenspenden und für die große Beteiligung auf dem letzten Wege unseres Lieblings.

Die tieftrauernden Eltern:
Jakob Schwarz und Frau.

Neue Apotheke
Calw.

In gegenwärtiger Verbrauchszeit empfehle ich für

Husten u. Katarrh

Schweizer Pectoral
Eucalyptusbonbons
Brustkaramellen
Wybertabletten
Schorndorfer Lakritzen
Formamintabletten
div. Hustensäfte etc.

Th. Hartmann.

Zirka 40 Zentner guteingebrachtes

Heu

verkauft
Gustav Lutz,
Neubenzstett.

Calw, 27. Januar 1927.

Todesanzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, meine liebe gute Gattin, Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Anna Neher

geb. Heeser

zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
der Gatte:
Hugo Neher, Reservelokomotivführer
mit Kindern.

Beerdigung Freitag Mittag 2 Uhr vom Trauerhaus aus.

Althengstett, den 26. Januar 1927.

Todes-Anzeige.

Gestern abend verschied nach kurzer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Emilie Straile

im Alter von 40 Jahren.

Der gebeugte Gatte:
Friedrich Straile, Steinhauer und Gemeinderat, **mit Kindern.**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Januar, nachmittags 2 Uhr statt.

Simmozheim, den 26. Januar 1927.

Todesanzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein guter, treubesorgter Gatte, Vater und Großvater

Martin Bullinger

Wagnermeister

im Alter von 70 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
die tiefbetrübte Gattin:
Christine Bullinger mit ihren 3 Töchtern **Amalie, Marie** und **Emilie** und Enkel **Adolf.**

Beerdigung Freitag Mittag 2 Uhr.

Als Mitarbeiter

für eine

großangelegte evangelische Sache

suchen wir an allen Plätzen Württembergs gebildete und verkehrsgewandte evangelische Damen u. Herren mit besten Beziehungen zu kirchlichen Kreisen. Keine Verkaufstätigkeit. Guter leichter Nebenverdienst. Angebote an **Reg.-Rat a. D. Eitel, Stuttgart, Alte Weinstiege 10.**

Am Sonntag, 30. Januar, um 2 Uhr
findet
im Ankersaal in Calmbach OA. Neuenbürg
eine

Wahlkreis-Versammlung

statt. Dabei wird

Herr Reichstagsabgeordneter Geheimrat Dryander aus Berlin

über die politische Lage

sprechen. **Von Calw aus** wird ein **Gesellschaftswagen** um **1 Uhr** an der **Post** abfahren. Diejenigen Parteimitglieder, die daran teilnehmen wollen, werden gebeten, sich bei Herrn **Paul Räuchle, Calw,** Fernsprecher 111, möglichst bald **anzumelden.**

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Deutschnationale Volkspartei

Ortsgruppe Calw.

Hochzeitseinladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Samstag, den 29. Januar 1927** stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das **Gasthaus zur „Krone" in Altburg** freundlichst einzuladen.

Ulrich Bertsch
Sohn des Ulrich Bertsch in Altburg

Maria Steimle
Tochter des Michael Steimle in Altburg.

Kirchgang 12 Uhr.

W. Forstamt Liebenzell

Nadelholzstangen- u. Laubstammholz-Verkauf.

Am **Dienstag, den 8. Februar 1927 mittags 12 Uhr im Gasthof z. „Ochsen" in Bad Liebenzell** aus dem ganzen Forstbezirk: a) **Nadelholzstangen:** Stück: Baust.: 1131 Ia, 698 Ib, 439 II. u. 33 III. Kl. Hagst.: 204 I. 520 II. und 65 III. Kl. Hopfenst.: 75 I. und 15 II. Kl. b) **Laubstammholz:** 39 Eichen mit fm: 1 IV. 7 V. 3 VI. Kl. 88 Rotbuchen mit fm: 2 I. 2 II. 8 III. 20 IV. 20 V. Kl. 1 Ahorn, 2 Wbu., 1 Birke mit zus.: 1 fm V./VI. Kl. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion G. f. H. Stuttgart.

Schneeschuhverein

Calw

Freitag abend 8 Uhr
gemütliches Beisammensein
im Bürgerstüble.
(Besprechung über Sonntagsfahrt.)

Neubulach.
Setze einen 4jährigen

Fuchs-wallachen

sowie einen 12jährigen

Braun-wallachen

beide gut im Zug, dem Verkauf aus.
Georg Huissel.

Schweine-Schmalz
gar. rein, amerikan.
Pfund **78** Pfg.

Kokosfett
1 Pfund Tafel **60** Pfg.

Feinste
Eier-Bruch-Maccaroni
Pfund **52** Pfg.

Feinste
Marmeladen
Johannisbeer, Reineclauden, Zwetschen u. Stachelbeer
2 Pfund Eimer **1.10** Mk.

Junge
Schnitt- u. Brech-Bohnen
2 Pfund Dose **62** Pfg.

Gemüse-Erbsen
2 Pfund Dose **65** Pfg.

Pfannkuch

WASCHMASCHINEN
WRINGMASCHINEN
nur erstkl. Fabrik. empfiehlt
Fr. Herzog, beim Rößle, Calw.
Ausführung v. Reparaturen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw